



# Eine liberale Perspektive nach der Pandemie

*Nicht nur die Pandemie zeigt, dass individuelle Gesundheitsinformationen eine immer wichtigere Rolle spielen. Daten versprechen bessere Vorhersagen über die Gesundheit und präzisere Behandlungsmethoden. Gastkommentar von Felix Gutzwiller und Andreas Müller*

Dank mehr und einfach gemessener Daten ist immer mehr über die Gesundheit der Einzelnen erfahrbar. Damit dürfte sich auch der Solidaritätsbegriff im Gesundheitswesen wandeln, hier hängt viel von gesellschaftlichen Werten ab. Eine Studie im Auftrag der Stiftung Sanitas-Krankenversicherung geht der Frage nach, wie diese Daten künftig eingesetzt werden könnten – und welche Chancen und Risiken dies für die Gesellschaft birgt.

Die Studie, die vom Gottlieb-Duttweiler-Institut verantwortet wird, zeigt vier Szenarien auf: Im «Big-Government-Szenario» (staatlicher Gesundheitspaternalismus) geht man von einem Überwachungsstaat mit strengen Regeln aus. Wer ungesund lebt, muss mit Sanktionen rechnen, vorbildliche Bürgerinnen werden belohnt. Im «Big-Self-Szenario» (staatliche Befähigung zu gesundem Leben) wird das Individuum zu gesundem Verhalten befähigt. Auch hier spielt der Staat eine wichtige Rolle, beschränkt sich aber auf die Datenregulierung und die Erleichterung gesunden Verhaltens.

In den beiden anderen Szenarien spielt der Staat eine untergeordnete Rolle. Im Szenario «Big Business» (deregulierter Gesundheitsmarkt) bieten grosse Techunternehmen Datenökosysteme an, mit welchen sich Risikopools für Menschen mit ähnlichen Gesundheitsprofilen verwalten lassen. Diese Pools verlangen die Offenlegung der Daten, um ungünstige Risiken auszuschliessen – Menschen mit schlechten Risiken werden sich selbst überlassen. Daten sind auch im «Big-Community-Szenario» (freiwilliges Offenlegen von Gesundheitsdaten) zentral. Der Datenaustausch basiert aber auf freiwilliger Solidarität, und gesundes Verhalten wird nicht eingefordert. Aus den frei zugänglichen Daten können wichtige Erkenntnisse für Einzelne wie für die Gemeinschaft gewonnen werden.

Da alle Szenarien Extreme darstellen, wird die Zukunft wohl einen Mix der Szenarien bringen. Es lohnt sich somit zu überlegen: Wie könnte (und sollte) ein künftiges Gesundheitssystem der

Schweiz in einer Datengesellschaft aussehen? Das gegenwärtige Gesundheitssystem steht gemäss den Beteiligten der Studie dem «Big-Self-Modell» am nächsten. Gleichzeitig rückte anscheinend im Zuge der Corona-Krise plötzlich «Big Government» in den Vordergrund: Der Staat verhängte Ausgangssperren, schrieb Abstandsgebote vor, schloss Schulen oder steuerte mit Impffertifikaten.

In den Szenarien der Studie kann man gewisse Logiken des heutigen Umgangs mit Covid-19 erkennen. Das «Big-Government-Szenario» widerspiegelt sich etwa in der Masken- und der Zertifikatspflicht. Demgegenüber ist das «Big-Business-Modell» in der Forderung zu erkennen, Ungeimpfte müssten für die Intensivbehandlung einer Covid-19-Erkrankung selbst aufkommen. «Big Self» zeigt sich in den Contact-Tracing-Apps, und «Big Community» ist in der Forderung nach der Freigabe der Patente für Corona-Impfstoffe sichtbar.

Die neuen Datenmöglichkeiten könnten in der Zukunft durchaus – analog den momentanen Massnahmen zur Pandemiebekämpfung – eine generelle Verschiebung in der Balance zwischen grösserem bzw. kleinerem staatlichem Einfluss und strengen oder toleranten Solidaritätsbedingungen mit sich bringen. Die «Verdatung» der Gesundheit vereinfacht beispielsweise das Kontrollieren von Bewegungs- und Essverhalten und könnte so zu strengeren Anforderungen an Solidarität führen. Bin ich noch bereit, solidarisch zu finanzieren, wenn ich weiss, wie mein Nachbar lebt bzw. seine Gesundheit untergräbt? Schon die blossе digitale Kontroll-



möglichkeit könnte hierzu verleiten.

Doch Daten sollten gerade aus liberaler Sicht dazu genutzt werden, Menschen zu befähigen – ohne Überwachung und Untergrabung von Solidarität. Striktere Kontrolle von Verhalten oder eine Entsolidarisierung durch Technologie sind denn keineswegs zwingende Folgen der digitalen Entwicklung, sondern vielmehr Ausdruck einer politisch-ideologischen Haltung, welche Menschen als träge und eigennützig sieht. Wie streng Bedingungen für solidarische Unterstützung ausgestaltet werden, ist eine politische Entscheidung.

Wie viel sollen nun aber künftig staatliche oder marktwirtschaftliche Regeln kontrollieren? Wie viel ist freiwillig möglich? Entscheidend bleibt auch in Zukunft das liberale Menschenbild, das auf Eigenverantwortung und Vertrauen in die Mitmenschen setzt. Dieses setzt voraus, Menschen zu einem gesunden Leben zu befähigen, und bedingt auf gesellschaftlicher Ebene vertrauensfördernde Institutionen.

In einem liberalen Mindset bedeutet dies, Individuen zu befähigen, Gesundheitsdaten zu nutzen und ein Umfeld zu schaffen, das die Bereitschaft fördert, freiwillig und sicher Daten zu teilen. Denn Technologie stösst uns nicht einfach zu. Wir können die Zukunft gestalten, indem Daten dazu genutzt werden, Individuen und Gemeinschaften zu stärken, selbstbestimmt zu agieren. Dazu braucht es aber Vertrauen in diese.

**Felix Gutzwiller**, ehemaliger Ständerat, ist em. Professor für Präventivmedizin an der Universität Zürich und Präsident der Stiftung Sanitas-Krankenversicherung. **Andreas Müller** ist Politikberater und Co-Autor der erwähnten GDI-Studie.